Zeitschrift: Centrum: Jahrbuch Architektur und Stadt

Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich

Band: - (1998-1999)

Artikel: Auf die Füsse gestellt eine nützliche Sache : was das Leitmedium

Architektur leisten könnte

Autor: Neitzke, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1072600

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Neitzke

Auf die Füße gestellt eine nützliche Sache Was das Leitmedium Architektur leisten könnte

Der Mann im Zweireiher ist Michael Naumann. Für den Fototermin hat er auf einem schnell zusammengeschobenen Stapel großformatiger englischsprachiger Bücher Platz genommen. Ihn vor seiner Bibliothek aufzunehmen, hätte eher seinesgleichen Sehgewohnheiten bedient, kaum jedoch annähernd so treffend den angekündigten politischen Aufbruch signalisiert. Wer etwas bewegen soll, muß sich von liebgewordenen Gewohnheiten verabschieden, medienöffentlich wenigstens. Oder hat der Fotograf sein Objekt überrumpelt? Sitzt da jemand wie bestellt und nicht abgeholt hinter einer halb geöffneten Tür in der Zimmerecke, als ob er uns mitteilen soll, einen weniger notdürftig hergerichteten Platz dürfte ihm die Politik kaum überlassen wollen? Im ZEIT-Interview teilt Naumann mit, er traue der zeitgenössischen Architektur "alles" zu. Auch die Herstellung "menschenleerer Stadtlandschaften". Die will ja bekanntlich niemand. Selbst die nicht, die unbedingt das Bild der Europäischen Stadt' rekonstruieren wollen, aber Hartmut Häußermanns Warnung überhören, deren "Funktionen und politisch-soziale Inhalte" seien "längst ausgewandert".

Da weiß die sozialdemokratische Erneuerung der Kulturpolitik Abhilfe. Am Potsdamer Platz, überlegt der Verleger und designierte Staatsminister für Kultur, Naumann, könne man "vielleicht Studenten abends gegen eine gewisse Summe auf und ab gehen lassen, damit eine Spur von Belebtheit zwischen diesen gewaltigen und mich geradezu einschüchternden Tempeln und Gängen entsteht".

Der Vorschlag hält sich für feinsinnig ironisch, will also nicht ernstgenommen werden. Sollte man ihn nicht doch näher prüfen? Billiger als die aufwendigen Sicherheitskonzepte und -maßnahmen, über welche der Berliner Politologe Volker Eick jüngst berichtete (Prokla 110/98), ist er allemal. Die Sache hätte aber einen Haken: Die eingekauften Öffentlichkeitsdarsteller könnten die ihr zugedachte Rolle uminterpretieren, mit anderen Worten: sich nicht an die Vorstellungen der Regie halten. Dem einen oder anderen auf- und abgehenden Studenten könnte nämlich, selbst bei sorgfältigster Auswahl durch Universitätsbürokratie und Verfassungsschutz, dämmern, daß man gegen ein Handgeld nicht nur die Rolle des Statisten, sondern der underdog claque übernommen hat. Und aufgehen, daß sich aus dieser Perspektive die rasende Bereicherung der Liberalisierungsgewinner und ihrer hoch dotierten Zucht- und Wachhunde so anschaulich studieren läßt, daß das Projekt einer "Internationalen des Widerstands", die Pierre Bourdieu und seine



Der Kandidat auf Abruf Foto: Chris Buck/Outline aus: DIE ZEIT, Nr. 32, 30. Juli 1998

Mitstreiter für dringend geboten halten (*Die WochenZeitung*, Zürich, 30. Juli 98), einzuleuchten beginnt.

Zählt Naumann mit seinem Einwand gegen "menschenleere Stadtlandschaften" vielleicht noch immer zu jenen Ideologiekritikern, die, nach Michael Mönningers Einschätzung (Der Aufstieg der Architektur zum kulturellen Leitmedium, 1997), noch immer "ganz marxistisch in funktionalen und systemischen Zusammenhängen" denken und damit das an Architektur und Stadt interessierte "Publikum" nicht nur langweilen, sondern gar irreführen? Müßte man ihm nicht vielleicht flüstern, daß "die listige Wirklichkeit längst weitergeeilt" sei und die schier unstillbare Vergnügungssucht des Publikums mit (sei es auch zuweilen in Großpleiten untergehenden) Musical-, Varieté-, Casino-, Gastronomie-, Kino- und Entertainment-Zentren mobilisiere? Oder müßte man ihm nicht nur, wie Mathias Greffrath dies gerade getan hat (DIE ZEIT, 6. August 98), empfehlen, mit Pierre Bourdieu darüber zu reden, wie man die Städte vor der Gier derjenigen schützen könnte, die alle Gemeinschaften in Geldverkehrsgemeinschaften zu verwandeln oder aufzulösen sich anschicken, sondern ihm dringend raten, sich in Mexico City, Buenos Aires oder Sao Paulo ein Bild vom aktuellen Stand der urbanen Paralyse zu machen? Und sich in Los Angeles oder New York City darüber zu informieren, wie man mißliebige Elemente aus der Stadt entfernt oder von ihr fernhält? Wie man Architekten als Kulissenmaler und Agenten der Sicherheitsexperten gewinnt?

Mönninger spricht der Architektur der neunziger Jahre den Rang zu, die "Erregung der gesellschaftsverändernden Hoffnungen" zu thematisieren – sie sei "eingängig" und "mitreißend wie die Pop-, Rock- und Punkkonzerte der siebziger" und verfeinere "die Sinneswahrnehmung der kunstbegeisterten Erlebnisgesellschaft der achtziger Jahre". Ob Naumann das im Sinn hat, wenn er die Lücke in der Berliner Mitte mit einem rekonstruierten Stadtschloß schließen will, das die Sehnsüchte des ereignishungrigen Personals der Fünftelgesellschaft der Hauptstadt fokussieren könnte?

Traut er auch Architekten alles zu? Etwa daß sie, wie Mönninger behauptet, "die kritische Theorie der Gesellschaft mit dem optisch-musikalischen Gesamtkunstwerk der Super-Bands der siebziger Jahre" verbinden? Daß sie an der Architektur entlang heute "Diskurse über Soziales und Ökonomisches" organisierten? Ja daß die Architektur gar "zu einem kollektiven Leitmedium geworden" sei, zu einem "Diskursmotor"?

Mit solchen heißen Tips scheint Naumanns Stadtprogramm auf den ersten Blick gerettet. Die runderneuerte sozialdemokratische Kulturpolitik braucht Architekten, die die Träume von damals mit den *Herausforderungen* von heute versöhnen – kreativ, heiter, unverkrampft und zukunftsoffen, mit einem Wort: positiv. Einzige bange Frage: Überlebt das erst 1997 entdeckte kulturelle Leitmedium der neunziger Jahre die Jahrtausendwende?

Selbst wenn man bestritte, daß das "Leitmedium" alle zehn Jahre sein Ressort gewechselt habe - Literatur in den fünfziger Jahren, "soziologische Theorie" in den Sechzigern, populäre Musik in den siebziger, "Zeitgeist-Design" in den achtziger Jahren –, überzeugte die These von einander kurzfristig ablösenden kollektiven Leitmedien nur, wenn sie sich von Oberflächen löste und dabei dreierlei leistete: wenn sie hinter den die jeweiligen Masseninteressen organisierenden und temporär bindenden Erscheinungsformen auch die Marktförmigkeit der jeweiligen Bewegungen und Produkte freilegte; wenn sie die Interessen, Personen und Gruppierungen beim Namen nennte, die sie in Gang setzen, nach Feuilletondebatten für beendet erklären und absetzen; und wenn sie nicht zuletzt von Umsätzen, Gewinnen und Pleiten redete. Mit anderen Worten: wenn sie diese Bewegungen als Teil sozialer, ökonomischer und politischer Prozesse debattierte. Wenn sie, mit einem im aktuellen Diskurs verpönten Begriff, die Dialektik von Idee und Interesse thematisierte. Wenn sie danach fragte, was das jeweilige Leitmedium gesellschaftlich leisten sollte oder derzeit leisten soll, welche Bedürfnisse es befriedigt, was es verdrängen oder ersticken will.

Am Berliner Beispiel erläutert: wenn die These des kulturellen Leitmediums, auf die Füße gestellt, die Wiederentdeckung des angeblich Bewährten – des Bildes der 'Europäischen Stadt' – als Kompensation eines politischen Defizits diskutierte: Orientierte sich der 'Berliner Architekturstreit' nicht an Oberflächen? Sind das Bedürfnis nach konventioneller Architektur und der Wunsch, den historischen Stadtgrundriß zu rekonstruieren, anderes als die Sehnsucht nach Ersatz für die durch Mauerfall und Vereinigung unerwartet abhanden gekommene westdeutsche Ersatzidentität? Die dem Leitmedium nachstellende Kritikentdeckt im 'Planwerk Innenstadt Berlin' einen Rauchvorhang: als konjunkturgemäße Geste publikumswirksam und 'sinnstiftend', und zugleich die Bebilderung des Satzes: Endlich ist die Nachkriegszeit beendet.

Entwerfer und Planer mit gesellschaftlichem Horizont

Stadtpolitik braucht Praktiker neuen Typs. Reden wir also jenseits der Ideologie des kulturellen Leitmediums über ganz praktische Dinge.

Angesichts der inzwischen von niemandem mehr bezweifelten Tatsache, daß auch der Architektenberuf in einer Krise steckt, die auf keinen Fall mit der Rückkehr in die vertrauten Formen der Berufstätigkeit enden wird, wäre es notwendig, mit rücksichtsloser Kritik und realisierbaren Vorschlägen gegen die Krise der Stadt anzugehen. Auch Architekten und Stadtplaner sollten an Analysen arbeiten, "mit deren Hilfe realistische Projekte und Aktionen in Angriff genommen werden können" (Bourdieu). Oder müssen die Lebensbedingungen in den Städten noch dramatischer werden, damit Architekten Signale der gesellschaftlichen Krise nicht länger übersehen, relativieren oder vorwiegend ästhetisch interpretieren? Sollten Architekten nicht endlich aufhören, ihre arbeitsteilige Beschränkung auf das Entwerfen architektonischer Oberflächen, deren Zweckbestimmung andere festlegen, auch noch als Selbstbeschränkung zu adeln? Und tun, was man von ihnen erwartet: "Diskurse über Soziales und Ökonomisches" zu organisieren?

Achitekten sollten gesellschaftliche Tatsachen auch als *ihre* Sache verstehen. Das hieße: politisch werden.

Politisch denkt, wer begreift, daß der neoliberale Umbau der Gesellschaft vor allem in den Städten Problemkonstellationen erzeugt, die mit dem konventionellen architektonischen und städtebaulichen Instrumentarium weder zu interpretieren noch zu bewältigen sind.

Politisch handelt, wer angesichts der Tatsache, daß die politische Klasse zu fast allen grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen nicht nur keine Perspektiven entwickelt, sondern großenteils nicht einmal Entwicklungen registriert, die sie mit höchster Aufmerksamkeit, ja Beunruhigung verfolgen sollte, mit Repräsentanten des Kapitals, dessen Lebensinteressen ja unmittelbar von einer Paralysierung der Gesellschaft berührt sind, Ideen und Realisierungskonzepte für andere, sei es auch unerprobte Formen der Beherbergung, des Wohnens und Arbeitens überlegt, wie Elisabeth Blum sie diskutiert (Wem gehört die Stadt? in: CENTRUM 1996). In diesem Sinne handelt politisch, wer Bautypen oder urbane Strukturen entwickelt, die gesellschaftlicher Entwicklung Raum geben, statt – wo die strukturelle Krise des Berufs diesbezüglich überhaupt noch Möglichkeiten

Marseille Foto: Suzanna Lauterbach, Berlin



bietet – in den ausgetretenen Bahnen überholter, das heißt: realitätsferner kultureller Optionen, wirtschaftlicher Interessen und gesetzlich oder technisch kodifizierter Beschränkungen weiterzuarbeiten.

Auch im Hinblick darauf, Architekten, vor allem Stadtplanern den Rang zurückzugeben, den einige von ihnen einmal fraglos für sich reklamieren durften – Visionäre des Realen zu sein –, denkt und handelt politisch, wer den Raum begrenzter Kompetenzen und Erfahrungen verläßt und sich in öffentliche Angelegenheiten mischt. Völlig zu Recht hält Hanno Rauterberg ("Sei Bauherr, Staat!", *Die Zeit*, 27. August 1998) für "längst überfällig" ein "neues Nachdenken über die Formen unseres öffentlichen und privaten Lebens", weswegen der Staat "die Stadt wieder als ein Politikfeld entdecken" müsse.

Gebraucht werden über die unmittelbare Gegenwart hinausweisende Vorschläge: für Städte, die im Vergleich zu allen bisherigen Gewohnheiten und Erfahrungen veränderten, ja, auf den Kopf gestellten Organisationsformen des gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens offen sein müssen, wenn sie überleben wollen.

Vorschläge dieser Größenordnung und Reichweite setzen allerdings die Aufkündigung der Auftragnehmermentalität, der Selbstbeschränkung und der traditionell gepflegten Eitelkeit voraus, ebenso wie die Einsicht, daß neue Perspektiven nur kooperativ entwickelt werden können.

Der Stadtplaner Thomas Sieverts hat den *Baubestand* als "Hauptressource der Stadtentwicklung" bezeichnet und im einzelnen vorgeschlagen,

daß man den Umbau in den Vordergrund rücken müsse mit dem Ziel, "langlebige, vielfach nutzbare Gebäude zu schaffen, die einen mehrfachen Nutzungswechsel im Laufe der Zeit ohne Zerstörung [...] vertragen" (zur Konversion historischer Industriebauten bzw. -areale vgl. die Seiten 58–63 der vorliegenden Ausgabe von CENTRUM), Überlegungen, die selbstverständlich gleichermaßen für Neubauten gelten müßten;

daß mit der Genehmigung von Neubauten für den Fall von deren Nichtweiternutzbarkeit "Abrißkosten abzüglich Wiederverwertungskosten bei den Gemeinden hinterlegt werden müßten";

daß die "bessere zeitliche Auslastung des Baubestandes [...] durch ein stadtweites Management von zeitlich begrenzten Zwischennutzungen zeitweise leerstehender Gebäude gefördert werden" müsse – eine Forderung, die übrigens nicht

nur in bezug auf viele Millionen ungenutzter (unvermietbarer und unverkäuflicher) Büroquadratmeter höchst aktuell ist, sondern insgesamt "zu einer Belebung der Stadt in zeitlicher und räumlicher Hinsicht" beitrüge;

und schließlich, daß die Stadtplanung als ganze "auf den Prozeß einer städtischen Kreislaufwirtschaft" ausgerichtet werden müßte: Baugenehmigungen müßten von vorneherein "mit der Stadtplanung verbunden werden, weil nur über eine intelligente und kreative Genehmigungspraxis der ständige Prozeß des Umbaus der Stadt sinnvoll beeinflußt werden" könne.

"Wenn wir", sagt Sieverts, "Stadt- und Regionalplanung neu erfinden müßten, müßten wir sie grundlegend anders als heute strukturieren: Sie müßte auf Veränderungsprozesse ausgerichtet sein, den Lebenszyklus von Gebäuden und Bewohnern im Auge haben und die Instrumente des Marktes intelligenter nutzen."

Die sozialen und ethnisch-kulturellen Probleme der Städte lösen Vorschläge wie diese zweifellos nicht. Aber sie machen anschaulich, daß Architekten und Städteplaner sich verändernde, durch noch so große Anstrengungen nicht mehr umkehrbare Prozesse – Deindustrialisierung der Städte, Ende der Arbeitsgesellschaft – nicht als Bedrohung sehen sollten, sondern als Chance, den Horizont des eigenen Denkens und der eigenen Aktivität neu zu denken, sich als Entwerfer und Planer mit gesellschaftlichem Horizont neu zu erfinden.

Eine solche Umkehr der Grundoption wäre die Voraussetzung dafür, in den Polarisierungs- und Erosionsprozeß von Stadtgesellschaft und Stadt einzugreifen. Die Stadt, sagt Rem Koolhaas, sei alles, was wir haben: "The City is all we have."